

Stadtvorordneten-Versammlung.

Stadtv. Dr. Quard (Soz.) übte bei der Vorlage über Abschluß der Jahresrechnung 1916 Kritik an der Brennstoffversorgung und rügte namentlich die Art der Verteilung der Holzvorräte. Es fehle an zerkleinertem Holz. Im Wohnungswesen würden Bedürfnisse des Augenblicks übersehen. Warum soll künftig die Kinderspeisung aufhören? Ferner empfiehlt der Redner die Abschaffung der Mittelstandsküchen, die unerschütterliche Extrazuteilungen erhielten. — Stadtv. Korff (Sp.) meinte, man möge bei den Betrieben mit Hochkonjunktur die Steuerschraube fester anziehen und ersucht um Auskunft über den Kriegsfonds.

Oberbürgermeister Voigt teilte mit, daß der Kriegsfonds etwa 80 Millionen betrage. Die Endsumme sei nicht zu übersehen; die Frage der Rückerstattung durch das Reich noch nicht geregelt. Auf eine Anfrage von Dr. Quard bemerkte er, daß Griesheim und Nied grundsätzlich ihre Geneigtheit zur Eingemeindung erklärt hätten, von Schwanheim sei das auch zu erwarten. Die Eingemeindungsfrage sei eine Wahnsfrage. Was die Brennstofffrage betreffe, so sei genügend Holz vorhanden, doch fehle es an Zerkleinerungsmaschinen für Arbeiterinnen. Heime soll geforgt, die Kinderspeisung aufrecht erhalten werden.

Stadtv. Funck (Sp.) betonte die Wichtigkeit der Frage der Holzzerkleinerung, bei dem Mangel an Kohlen. Die Kinderspeisung müßte im weitesten Umfange vorgenommen werden. Die Eingemeindungsfrage sei unter den heutigen Verhältnissen sehr schwierig. Die Vorlage wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Eine Eingabe wegen Teuerungszulage für das städtische Bureauhilfspersonal wurde dem Magistrat zur wohlwollenden Erledigung überwiesen. Der Sozialpolitische Ausschuß empfiehlt eine Gehältererhöhung für das Bureauhilfspersonal; die Ausschuhenträge wurden angenommen.

Stadtv. Dr. Heilbrunn (Sp.) beantragte die Einsetzung eines aus Magistratsmitgliedern, Stadtvorordneten und Bürgern bestehenden Ausschusses zur Prüfung der Frage der Entwicklung und

Förderung der wirtschaftlichen und allgemeinen Verhältnisse der Stadt

nach dem Kriege. Er wies darauf hin, daß sich in Berlin alle Kriegsindustrien zentralisiert haben, daß auch in süddeutschen Residenzstädten große kriegswirtschaftliche Betriebe errichtet worden seien. Der von ihm empfohlene Ausschuß sei geeignet, zunächst einmal ein Programm aufzustellen. Empfehlenswert sei die Errichtung eines Industrieamtes. Neben der Pflege von Handel und Industrie müsse eine gute Frankfurter Kultur neu gefördert werden.

Oberbürgermeister Voigt sagte die Förderung dieser Pläne zu und teilte Näheres über die Entwicklung des Ostbahns mit, die alle Erwartungen übertraf. Mit Banken sei bereits wegen weitgehender Unterstützung der Industrie verhandelt worden. Es solle ein eigenes Dezernat für Industrie und Handel eingerichtet werden, dem ein Beirat angegliedert wird. Man denke an keine gemischte Deputation, wie sie Stadtv. Heilbrunn empfahl, sondern an einen freien Ausschuß. Die Ausführung dieser Pläne erfordert erhebliche Mittel.

Stadtv. Hené (Sp.) bemerkt, es sei wichtig, daß die Lederfachschule nach Frankfurt komme. Stadtv. Ladenburg (nl.) stimmt den Ausführungen des Stadtv. Heilbrunn zu und wies eine Bemerkung des Oberbürgermeisters zurück, daß die Frankfurter Banken der Industrie gegenüber ver sagt hätten. Oberbürgermeister Voigt erwiderte, daß nach einer größeren Finanzierung der Frankfurter Industrie durch die Banken stattfinden könnte. Der Antrag Heilbrunn wurde angenommen.

Ein Antrag Dr. Quard verlangte eine Uebersicht über die nach Friedensschluß in Angriff zu nehmenden städtischen Arbeiten. Oberbürgermeister Voigt teilte mit, daß der Magistrat bereits die gewünschten Pläne aufgestellt habe; es seien Notstands-, Kanalisierungsarbeiten, ferner Arbeiten der Straßenbahn in Aussicht genommen. Näheres über Arbeiterzahl könne noch nicht angegeben werden; es fehle außer dem Material das Geld. Der Antrag wurde angenommen.

Um 8½ Uhr wurde noch eine dringliche Anfrage von allen Fraktionen gestellt, die Auskunft verlangt über die Maßnahmen, die zur

Steuerung der Kohlennot

getroffen werden. Stadtv. Dr. Heilbrunn (Sp.) wies darauf hin, daß bei großer Kälte die Zustände unhaltbar werden. Das Publikum müsse eine bessere Behandlung durch die Kohlenhändler erfahren. Stadtrat Dr. Hiller teilte mit, daß von Monat zu Monat weniger Kohlen geliefert worden seien, im Dezember seien es nur 5000 Tonnen gewesen. Das sei ein ungeheures Manko. Die Holzvorräte mußten angegriffen werden. Die Preisbemessung von 5,50 Mark und 7 Mark habe Beunruhigung in der Bevölkerung hervorgerufen. Die Stadt lege noch 50 Pfennige pro Zentner zu. Angehörige der Kriegsfürsorge und Schüllinge der Armen erhalten Ermäßigung, jede weitere Mark Ermäßigung bedeute eine Million städtischen Zuschuß. Was könne geschehen? Man müsse an die Reichsstellen herantreten, könne gewisse Einschränkungen vornehmen und die zehn Prozent Reserve ausgeben.

Alsdann wurde die Sitzung, die letzte im Jahre 1917, mit einem Dank des Stadtv. Heilbrunn an das Bureau geschlossen.